

Mittendrin

Die Mehrheit will ein Zentrum

DISKUSSION Die Seniorengemeinschaft Kronach Stadt und Land plant ein Bürgerschaftliches Begegnungszentrum. Das Publikum zeigte sich am Dienstag bei einer Infoveranstaltung begeistert von der Idee. Nur wenige Zuhörer waren skeptisch.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
FRANZISKA RIEGER

Kronach – Die Gerüchte um ein geplantes Bürgerschaftliches Begegnungszentrum Kronach im alten Diska-Gebäude kursieren schon länger. Um die Bürger eingehend über das Vorhaben zu informieren, hat Bianca Fischer-Kilian, Vorsitzende der Seniorengemeinschaft Kronach Stadt und Land (SGK), alle interessierten Bürger zu einer Infoveranstaltung am Dienstagabend eingeladen. Mit Erfolg: Der kleine Saal des Schützenhauses Kronach war voll besetzt, rund 180 Interessierte sind erschienen. Und warteten gespannt.

Vergangene Woche stellte Fischer-Kilian das Projekt bereits im Kronacher Stadtrat vor (*wir berichteten*). Der zeigte sich angetan von den Plänen. „Der Stadtrat sichert seine grundsätzliche Unterstützung zu“, betont Kronachs zweite Bürgermeisterin Angela Hofmann (CSU) am Dienstag erneut. Die Stadt müsse nun prüfen, ob die Beteiligung an einer Genossenschaft möglich ist.

„Kein Vereinsheim“

Loring Sittler, der die Seniorengemeinschaft ehrenamtlich berät, betont, dass die SGK selbst nicht als Träger infrage kommt. Schlicht deshalb, weil kein eigenes Vermögen vorhanden und das Haftungsrisiko zu groß sei. Zwischen der Seniorengemeinschaft und der Genossenschaft gebe es eine klare juristische Trennung. Sittler betont: „Das soll kein Vereinsheim werden.“ Andere Vereine, Firmen und Verbände, aber auch Privatpersonen sollen die Räume mieten.

Deshalb habe man sich für die Rechtsform einer Genossenschaft entschieden. So werden

„Die Geschichte der Genossenschaften beginnt da, wo der Staat nicht mehr kann.“

Loring Sittler
Ehrenamtlicher Berater



Loring Sittler (links) erklärt das geplante Projekt. Rund 180 Interessierte kamen am Dienstagabend zu der Veranstaltung.

Foto: Franziska Rieger

Betroffene zu Beteiligten. Außerdem hat jedes Mitglied nur eine Stimme, unabhängig vom Genossenschaftsanteil. Gewinne werden dabei genauso verteilt wie Verluste. „Die Geschichte der Genossenschaften beginnt da, wo der Staat nicht mehr kann“, sagt Sittler. Zu klären ist laut Sittler noch, ob die Genossenschaft als gemeinnützige Form gegründet werden kann. Am 2. Oktober werden die eingegangenen Absichtserklärungen geprüft. Der Wert der Anteile muss 250 000 Euro betragen. Erst dann kann es zu Verhandlungen kommen.

„Altenhilfe ist eine kommunale Pflichtaufgabe“, sagt Sittler. So könne es sein, dass sich die Stadt an den Betriebskosten beteiligt. Das bayerische Sozialministerium habe versprochen, eine halbe Beratungsstelle zur Gründung von Genossenschaften zur Verfügung zu stellen. Die deutsche Fernsehlotterie will das Projekt mit einem sechsstelligen Beitrag unterstützen.

Harald Bauer, der Besitzer des ehemaligen Diska-Gebäudes, will das Gebäude nicht verkaufen. Die Kosten für den Umbau finanziert er mit einem privaten

Darlehen. Ein Nutzungsvertrag mit dem Bürgerschaftlichen Begegnungszentrum ist laut Sittler vorerst für 20 Jahre angedacht. Die 250 000 Euro für die mobile Einrichtung, etwa Stühle und Tische, übernimmt die Genossenschaft und bleibt so deren Eigentümerin.

Einige Bedenken gibt es noch

Nach dem Infovortrag waren die Zuhörer begeistert, sie spendeten Loring Sittler und Bianca Fischer-Kilian laut Applaus. Einige Bedenken wurden bei der anschließenden Fragerunde jedoch geäußert. Grünen-Stadtrat Peter Witton findet das Projekt wichtig. Eine „Kröte“ sei jedoch, dass das Gebäude nicht Eigentum der Genossenschaft wird. Der Eigentümer solle verkaufen. Laut Sittler habe sich der Eigentümer aber nicht zum Verkauf überreden lassen. „Eigentum

46 600

Euro sind schon zusammengekommen. Bis zum 1. Oktober müssen es 250 000 Euro werden.

verpflichtet ja auch“, warf Fischer-Kilian ein. Auch die Höhe der Einnahmen bereitete manchem Zuhörer Kopfzerbrechen.

Auf die Bemerkung eines Zuhörers, dass es „ein reines Alpenghetto“ wird, gab es empörte Zwischenrufe. Fischer-Kilian versichert: „Es soll kein Altenheim werden.“ Das bekräftigt auch Steffen Keilhold. Der 20-Jährige ist als Nebenmieter interessiert. Für ihn wäre das Begegnungszentrum der ideale Ort, um dort mit jungen Men-

schen ökumenischen Gottesdienst zu feiern.

Trotz mancher Bedenken: Am Ende des Abends trudelten viele Absichtserklärungen bei Fischer-Kilian ein. 46 600 Euro bei rund 122 Zeichnern seien schon eingegangen. Damit es zur Genossenschaftsgründung kommen kann, muss der Wert der beabsichtigten Anteile noch auf 250 000 Euro steigen. „Bis zum 1. Oktober müssen wir zeigen, was wir können“, sagt Fischer-Kilian.

Fakten zum Bürgerschaftlichen Begegnungszentrum

Nutzen Im Begegnungszentrum sollen sich ältere Menschen treffen. Am Wochenende und abends kann es auch für andere Veranstaltungen genutzt werden. Jugendliche können dort jobben. Die geplante Genossenschaft würde als Mieterin des Gebäudes fungieren, nicht die SGK.

Einnahmen Durch Getränkeverkauf, Mittagstisch-Angebot vom Cateringdienst und Vermietung an die Seniorengemeinschaft Kronach sowie an

Vereine und Verbände sollen Einnahmen erzielt werden.

Kosten 1,25 Millionen Euro kostet der Umbau des Gebäudes. Dazu kommen Kosten für die mobile Einrichtung in Höhe von rund 250 000 Euro.

Geplante Räume ein großer Versammlungsraum (max. 190 Personen), Tische und Sitzgelegenheiten für den Mittagstisch (32 Personen), eine Rezeption, Büros, Lagerräume, kleiner Versammlungsraum. fr

LOHNERSATZ

Krankengeld gibt es auch fürs Kind

Kronach – Wenn Kinder krank sind und gepflegt werden müssen, dann brauchen sie Ruhe – und am besten die Betreuung durch ihre Eltern. Berufstätige Eltern, die ihr Kind zu Hause pflegen, können finanzielle Unterstützung von der Krankenkasse bekommen. Immer mehr Eltern in Bayern nutzen das sogenannte Kinderkrankengeld. Während die AOK Bayern 2012 insgesamt 50 884 Fälle verzeichnete, waren es 2016 bereits 75 230 Fälle. Dies entspricht einem Zuwachs von fast 50 Prozent.

Im Landkreis Kronach nahmen im vergangenen Jahr 795 AOK-versicherte Mütter oder Väter diese Leistung in Anspruch, im Vergleich zu 2012 eine Steigerung um 52,9 Prozent. Nach wie vor sind es vor allem die Mütter, die ihr krankes Kind pflegen. Allerdings wächst der Anteil der Väter, die das Kinderkrankengeld nutzen: 2016 waren es im Landkreis Kronach 30,9 Prozent, 6,6 Prozentpunkte mehr als 2012. Auch die Zahl der Fehltag wegen der Pflege eines kranken Kindes stieg im Landkreis Kronach in den letzten fünf Jahren um 636 Tage auf 1854 Tage im Jahr 2016.

Bis zum 12. Geburtstag

„Grundsätzlich können Eltern für jedes gesetzlich versicherte Kind bis zum 12. Geburtstag jeweils bis zu zehn Arbeitstage pro Jahr Kinderkrankengeld beziehen“, sagt Stephan Preisz, Pressesprecher bei der AOK-Direktion Coburg. Bei Alleinerziehenden sind es 20 Arbeitstage. Leben mehrere Kinder im Haushalt liegt der Anspruch bei maximal 25 beziehungsweise 50 Tagen. Der Elternteil, der den Antrag stellt, muss ebenfalls gesetzlich krankenversichert sein und Anspruch auf Krankengeld haben. Die AOK übernimmt bis zu 100 Prozent des ausgefallenen Netto-Arbeitslohns.

„Um Kinderkrankengeld zu erhalten, muss ein Arzt bescheinigen, dass das Kind betreut werden muss“, so Stephan Preisz. Voraussetzung ist auch, dass es keine andere im Haushalt lebende Person gibt, die die Betreuung übernehmen kann. Eine Übersicht zum Kinderkrankengeld gibt die AOK-Faktenbox im Internet unter www.aok.de. red

ARBEITSKREIS ASYL

Neue Kompetenzgruppen sollen die Unterstützung von Flüchtlingen erleichtern

Kronach – Die Ehrenamtlichen im Arbeitskreis Asyl im Landkreis Kronach wollen sich noch besser organisieren, um die Arbeit effektiver zu machen und auch etwas zu erleichtern. Ziel ist die Bildung von Kompetenzgruppen, die bestimmte Fragen und Bereiche intensiv bearbeiten und für ihren Bereich wichtige Informationen bündeln und zur Verfügung stellen. So soll vermieden werden, dass jeder und jede hier Engagierte alle wichtigen Informationen selbst erkunden muss.

Über jede Menge Schwierigkeiten bei der Betreuung von Flüchtlingen berichteten alle Anwesenden bei einer Zusam-

menkunft. Der Weg der Flüchtlingsunterstützung ist oft mit bürokratischen Hindernissen gepflastert. Da ist zum Beispiel eine syrische Familie in der Region. Das Ehepaar besitzt keine Heiratsurkunde, ist also nach geltendem Recht nicht verheiratet und bekommt keine entsprechenden Leistungen.

Also einfach noch einmal in Deutschland heiraten? Geht nicht. Beide haben ja im Asylverfahren angegeben verheiratet zu sein, was rechtlich anerkannt ist – aber halt nicht miteinander. So dürfen die beiden nicht noch einmal heiraten, weil sie ja schon einen Ehepartner haben. Und der „Ehemann“ ist berufstätig

und zahlt als angeblich lediger Lohnsteuer Klasse I.

Ganz oft fehlen Flüchtlingen Ausweispapiere. Sie fliehen aus Kriegsgebieten, oft wurden ihnen auf der Flucht die Papiere gestohlen oder gingen im Mittelmeer „baden“. Bei vielen sind solche Ausweise im Heimatland auch schlicht nicht üblich. Ohne ein solches Dokument ist vieles nicht möglich, etwa auch eine Heirat in Deutschland oder die Ausstellung einer Geburtsurkunde eines in Deutschland geborenen Kindes. Ein Ausweis ist nur über eine Botschaft des Heimatlandes zu bekommen und kostet zwischen 400 bis 800 Euro pro Person. Flüchtlinge erhalten



Franz-Josef Förster

Schwierig ist es für anerkannte Flüchtlinge auch, eine Wohnung zu finden, zumal sie dann aus der Erstunterkunft ausziehen müssen. „Wir begrüßen, wenn Familien nach Nordhalben ziehen, aber leider wollen die

meisten nicht dorthin“, sagte Dagmar Domhardt vom Arbeitskreis Asyl Nordhalben. Es gebe viele Leerstände in Kronach und dort sollte Wohnraum geschaffen werden, meinte Peter Witton, Kronach.

„Wir brauchen eine Verbesserung der Informationsstruktur“, erläuterte Franz-Josef Förster ein neues Konzept, das er gemeinsam mit Barbara Heinlein erarbeitete. Derzeit sind die Flüchtlingshelfer und -helferinnen oft Einzelkämpfer und fragen sich immer wieder aufs Neue durch den bürokratischen Dschungel. Deshalb sollten zu bestimmten Themen Kompetenzgruppen gebildet werden.

In die ausliegenden Listen trugen sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein: Sprachförderung, Behördenbetreuung, Gesundheitsbetreuung, Jobvermittlung, Öffentlichkeitsarbeit, Ehrenamtlichenwerbung und -betreuung, Spenden und Förderungen, politische Arbeit, Integration, Wohnraum- und Möbelbeschaffung sowie Infodatenbank. Gerne sind hier weitere Leute willkommen, die sich hier einbringen wollen.

Wer bei der Integration mit-helfen möchte, kann sich bei der Migrationsberatung der Diakonie bei Elmar Jonas, jonas@diakonie-klm.de, Telefonnummer 09261/620871, melden. rg